



# RATS REPORT



Liebe Kölnerinnen,  
liebe Kölner,  
zu Beginn dieser Wahl-  
periode habe ich unsere  
künftige Rolle im Rat auf  
die knappe Formel ge-  
bracht: „Wir sagen, was  
Sache ist!“ Das heißt: Wir  
melden uns vernehmlich

zu Wort, wenn Dinge entgegen dem Wohl der  
Stadt und ihrer Menschen laufen.

Derzeit erscheint es angebracht, gegenüber dem  
Gebaren von Rot-Grün wachsam zu sein. Denn  
Rot-Grün verschleiert, Rot-Grün verhindert, Rot-  
Grün verzögert, Rot-Grün verrechnet sich.

Angefangen hat es mit einem Koalitionsvertrag  
des Ungefähren. Da werden dann höhere kom-  
munale Gebühren durchgesetzt, obwohl der Ver-  
trag sagt: „Gebühren bleiben stabil.“

Da wird die so genannte Bettensteuer beschlos-  
sen, zu Lasten des Tourismus als einem für Köln  
hochwichtigen Wirtschaftszweig.

Da wird die Verabschiedung des Haushalts in  
den Oktober verschoben, damit vor der Land-  
tagswahl keine Grausamkeiten ruchbar werden.  
Und da soll offenbar mit aller Macht vermieden  
werden, dass eine rückhaltlose Aufklärung der  
Vorgänge um eine Vielzahl illegaler und unkon-  
trollierter Brunnen in der U-Bahn-Baustelle  
Waidmarkt erfolgt.

Die Koalition agiert insgesamt so, als gelte ihr  
Verkehrsprogramm („Köln geht zu Fuß“) für  
alle Bereiche ihrer Kommunalpolitik: Rot-Grün  
bremst Köln aus – von Beschleunigung keine  
Spur! Bleibt nur zu hoffen, dass uns die Steige-  
rung („Köln geht am Stock“) erspart bleibt.

Mit freundlichen Grüßen  
Ihr Winrich Granitzka



## *Wenn alle Brunnlein fließen ...*

*... muss besonders genau kontrolliert werden. Auf der U-Bahn-  
Baustelle am Waidmarkt geht es um die lückenlose Aufklärung  
von Ursachen und Wirkungen einer übermäßigen Wasserentnah-  
me auf den Einsturz des Stadtarchivs. Wer drückt sich hier vor der  
Verantwortung?*

*Bericht nächste Seite*

## Hängepartie Haushalt

# Dieser OB schadet Köln!

Die CDU-Fraktion hat den Plan eines Doppelhaushalts entschie-  
den abgelehnt. Dazu erklärte der finanzpolitische Sprecher Karl  
Jürgen Klipper:

**„Ankündigungen ...** Der Oberbürgermeister hat mehrfach schmerz-  
hafte Einschnitte und nötige Einsparungen im Haushalt ab 2010  
angekündigt. Eine Task Force sollte Anfang Februar Ergebnisse in  
einer Höhe von 200 Millionen Euro bekanntgeben. Angekündigt  
wurden unter anderem Personalkürzungen um bis zu 25 Prozent  
und ein sofortiges Haushaltssicherungskonzept zur Vermeidung  
eines Nothaushaltes.

**... ohne Folgewirkung:** Die Task Force hat gerade einmal 50 Mil-  
lionen Euro zusammengekratzt.

Statt wirksamer Vorschläge zur Ausgabenreduzierung sollen Per-  
sonalausgaben und konsumtive Ausgaben ausgeweitet werden.  
Die Verabschiedung des Haushalts 2010 wird von Mai auf Ok-  
tober oder November dieses Jahres verschoben, damit mögliche  
unbequeme Wahrheiten nicht vor der Landtagswahl bekannt wer-  
den. Wir nennen das Betrug am Wähler.

Eine Verabschiedung des Haushalts 2010 erst im November hätte  
keine Auswirkungen mehr auf die Haushaltswirklichkeit des lau-  
fenden Jahres. Notwenige Strukturänderungen sind so unmöglich.

**Keine Problemlösung ...** Unbegreiflich: Dem OB fällt es im März  
2010 ein, einen Doppelhaushalt 2010/2011 auszuarbeiten, wo der  
Kämmerer doch schon im Sommer 2009 von einer gewaltigen  
Finanzlücke gesprochen hat. Bei seiner Haushaltsrede im Novem-  
ber 2009 waren dem OB alle Fakten bekannt, einschließlich der  
finanziellen Folgen des Archiveinsturzes. →

Die Ratsmehrheit von Rot-Grün samt ihrem OB hofft offenbar nach der Devise „Es ist noch immer gut gegangen“ darauf, dass der Einnahmeausfall nicht so gravierend sein wird.

Darum weicht sie vor strukturellen Einschnitten zurück, um den Haushalt zu sanieren – etwa durch Reduzierung von Standards im Sozialbereich oder die Überprüfung der Sinnhaftigkeit des Köln-Passes. Das Thema Personal bleibt unangetastet.

Dieses Weiterwursteln wird dazu führen, dass die Ausgleichsrücklage bis 2011 verbraucht sein wird und der Nothaushalt droht.

**... aber höhere Gebühren und Steuern:** Neu ist die „Bettensteuer“, die einen für den Tourismus wichtigen Wirtschaftszweig belastet.

Kommunale Gebühren sind 2010 erhöht worden, was betriebswirtschaftlich überflüssig ist, denn die städtischen Gesellschaften machen Millionengewinne.

Wir sagen voraus: Die Grundsteuer wird nach der Landtagswahl um mindestens 10 Prozent erhöht.

Völlig kontraproduktiv ist die drohende Anhebung der Gewerbesteuer.

Wir befürchten zudem: Ausbluten der städtischen Gesellschaften durch

überhöhte Ausschüttungen an den Haushalt der Stadt.

**Unser Standpunkt:** Die geschilderte Politik des Oberbürgermeisters lässt keine Ziele erkennen. Sie ist konzeptionslos. Sie ist unsozial den privaten Haushalten gegenüber und kontraproduktiv für die Wirtschaft. Der OB ist abgetaucht. Er unterschlägt den Menschen die – gewiss schmerzliche – Wahrheit und schadet damit der Stadt. Aus seinen vollmundigen Ankündigungen („Heulen und Zähneknirschen!“) ist nichts geworden.

Mit der CDU ist solche „Politik“ nicht zu machen.“

## Brunnen am Waidmarkt

# Aufklärung und Verantwortung!

„Es ist selbstverständlich, dass fehlerhaftes oder pflichtwidriges Handeln personelle Konsequenzen haben muss. Wir fordern den Oberbürgermeister erneut auf, für diese rückhaltlose Aufklärung Sorge zu tragen und dann über personelle Konsequenzen

zu reden. Dabei müssen an alle beteiligten Personen die gleichen Maßstäbe angelegt werden.“

So eine Erklärung des CDU-Fraktionsvorsitzenden Mitte März, die darauf abzielt, dass beim Thema U-Bahn-Bau und Archiveinsturz endlich auch die

Rolle der Kontrolleure beleuchtet wird.

Die CDU hat der Verwaltung einen umfangreichen Fragenkatalog vorgelegt, in dem es um Ursachen und Wirkungen von übermäßigen Wasserentnahmen am Waidmarkt geht. Adressaten: der Oberbürgermeister und die städtische Umweltdezernentin. Fragen nach der Verantwortung für Kontrollen wurden ausweichend beantwortet, Bußgeldverfahren wegen offensichtlicher Verstöße durch den Betrieb illegaler Brunnen bis heute nicht eingeleitet und Erkenntnisse über den Transport von Sedimenten

im abgeleiteten Wasser nicht berücksichtigt. „Unzumutbare Verschleierungstaktik“, heißt es dazu in der Fraktion.

Im Hauptausschuss und im Rat hat die Dezernentin (Marlis Bredehorst, Bündnis 90/Die Grünen) auf Fragen der CDU widersprüchliche, halbgeare oder nur scheinweise neue Antworten gegeben, die eine ganze Reihe von Nach-Fragen erforderlich machen. Denn: Je mehr die Dezernentin antwortet, desto verwirrender ist der Erkenntnisstand bei den Fragestellern und in der Öffentlichkeit.

Eine der Kernfragen ist zum Beispiel: Warum hat es am Waidmarkt keine Vor-Ort-Kontrollen des Umweltdezernats geben – wohl aber an anderen Baustellen?

Und dies, obwohl dort schon vor Erteilung der wasserrechtlichen Erlaubnis und somit illegal Grundwasser gefördert wurde?

Alles in allem: Nachfragen der CDU zur Aufklärung der Zusammenhänge bei der Stadt als unterer Wasserbehörde sind dringend notwendig.

Sonst stellt sie niemand!



## Bettensteuer

# Wider die Verfassung?

Rot-Grün hat sich im Rat durchgesetzt: Die „Bettensteuer“ für Köln kommt – die Zustimmung des Landes vorausgesetzt. Die Kulturförderabga-

be, wie sie offiziell heißt, beträgt 5 Prozent auf das für Beherbergungsleistungen zu erbringende Entgelt – vom Luxushotel bis zum Campingplatz. Die Verwaltung erwartet davon jährliche Einnahmen in Höhe von 15 bis 20 Millionen Euro.

Die CDU ist diesem Vorhaben von Anfang an energisch entgegengetreten. Das Ganze sei ein falsches Signal für Köln; hier werde unter dem Vorwand der Kulturförderung de facto eine Gewerbesteuererhöhung durch die Hintertür durchgesetzt. Außerdem bestehe eine beträchtliche Diskrepanz zwischen dem nachweislichen direkten Steuerausfall für Köln und den durch die neue Steuer zu erwartenden

Millionen (siehe Kasten „Die wahren Zahlen“).

Der Branchenverband Dehoga sprach von „Wegelagerei“ und kündigte Verfassungsklage an.

Kern der Begründung: Die Kommunen hätten nur das Recht, örtliche Verbrauchssteuern zu erheben, sofern diese nicht bundesgesetzlich geregelten Steuern gleichartig sind. Die „Bettensteuer“ sei aber der bundesrechtlich geregelten Umsatzsteuer gleich.



### Die wahren Zahlen

Die Belastung der Kommunen durch den ermäßigten Umsatzsteuersatz von 7 Prozent für Beherbergungsleistungen beläuft sich 2010 bundesweit auf 16 Millionen Euro und 2011 auf 19 Millionen Euro.

Auf Köln entfällt ein Anteil von rund 2 Prozent – das sind 320 000 Euro im Jahr 2010 und 380 000 Euro im Jahr 2011.

Also wird ein Steuerausfall von rund 350 000 Euro mit einem zusätzlichen Steueraufkommen von rund 15 Millionen Euro „kompensiert“!

Kommentar der CDU-Fraktion: „Angesichts dieser angestrebten Höhe ist das Unterfangen scheinheilig, unsozial und wirtschaftsfeindlich.“

## Rheinufer

# Kein Tunnel, aber Dauerstau?

Vor der Wahl hat sich der Kandidat noch für die Tunnel-Lösung am Rheinufer erwärmt. Nach der Wahl hat der OB Roters eine Vorlage zur Realisierung einer kreuzungsfreien Lösung der Querung – sprich Tunnel – im Rat eingebracht und auf der Stelle wieder zurückgezogen. Mit dem Land – man erinnert sich – seien noch Details zu klären. Das war am 2. Februar 2010.

Weitere sieben Wochen später bringen CDU und FDP Roters' Vorlage im Rat ein. Dann bekommt die unendliche Geschichte den vorerst neuesten Dreh: Möglicherweise, orakelt der OB, gehe es auch mit einer Ampel-Lösung à la Ubiering, und die so genannte



Büstra-Anlage sei überflüssig. Alles in allem bedeute das raschere Querungszeiten und letztlich weniger Stau.

Wir meinen: In der Öffentlichkeit befreit das keiner mehr. Allerdings wird klar, dass der Koalitionspartner der SPD mit seinen grünen Träumen („Abkehr von der autogerechten Stadt!“) mal wieder die Nase vorn hat. Die CDU hat allen Grund, hinter der neue-

sten Wendung des OB ein Wahlkampfmanöver zu vermuten (Karsten Möring: „Wahltaktische Nebelkerzen!“). Am Ende werde sich die Ampel-Lösung als nicht möglich erweisen, und der Kölner Süden erstickt im Dauerstau.

Übrigens: Die Bürgervereine im Kölner Süden wollen notfalls ein Bürgerbegehren pro Tunnel ...

## Oper/Schauspielhaus

# CDU-Fraktion unterstützt Bürgerbegehren

Nach Abwägung aller Argumente hat sich die CDU-Fraktion einstimmig für die von dem Bürgerbegehren geforderte Sanierung des Schauspielhauses ausgesprochen.

„Wir haben uns die Entscheidungsfindung wahrlich nicht leicht gemacht“, kommentiert der stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Karl-Jürgen Klipper, das Abstimmungsverhalten der CDU-Fraktion. „Doch nachdem die bisherigen Pläne für die Entwicklung des Opernquartieres zu einem kulturellen Kraftzentrum an der Kostenexplosion gescheitert sind, muss endlich eine angemessene und respektvolle Alternative her“, so Klipper weiter.

Dass dies nicht der im vergangenen Dezember beschlossene „abgespeckte“ Neubau des Schauspielhauses sein kann, hat die CDU-Fraktion bereits mit ihrer damaligen Ablehnung deutlich gemacht. Neben der überfälligen Sanierung der Oper muss oberstes Ziel die Schaffung eines zukunftsfähigen Schauspielhauses sein. Und dieses Ziel kann nur mit dem für Köln besten Ergebnis unter kulturellen, finanziellen und städtebaulichen Gesichtspunkten gefunden werden.



Erhalt und Sanierung machen das Schauspielhaus zukunftsfähig.

Welches Ergebnis den genannten Anforderungen genügt, wurde in einem intensiven und engagierten Prozess geklärt. Neben vielfältigen Diskussionen in einer Projektgruppe und der Fraktion war vor allem die Einbindung der Akteure (z. B. Intendanten von Oper und Schauspiel, Vertreter der Bewegung „MutzuKultur“, Verwaltung)

wichtig. „Nur durch den Austausch aller vorliegenden Argumente waren wir in der Lage, eine eindeutige Position zu beziehen“, erläutert der kulturpolitische Sprecher der Fraktion, Dr. Ralph Elster, den Prozess.

*Das Ergebnis der Ratsabstimmung stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest.*

### IMPRESSUM

Herausgeber: CDU-Fraktion im Rat  
der Stadt Köln

Anschrift: Historisches Rathaus  
50667 Köln  
Tel.: 0221/221-25970  
Fax: 0221/221-26574

e-Mail: [cdu-fraktion@stadt-koeln.de](mailto:cdu-fraktion@stadt-koeln.de)

Vorsitzender: Winrich Granitzka

V.i.S.d.P.: Stefan Götz, Fraktions-  
geschäftsführer

Redaktion: Holger Heuser, Ulrike Hodissen,  
Ulf Kolberg, Christian Sommer

Fotos: Coelnsult, JSWD, Buttgerit

Herstellung: IW Medien, Köln



## Die Babyboomer

Das ist mal eine fruchtbare Fraktionsgeschäftsstelle: Etwa zur gleichen Zeit stellte sich bei den Fraktionsreferenten Nachwuchs ein. Von links: Christian Sommer mit Christina und Sebastian, Holger Heuser mit Antje und Norik sowie Ulf Kolberg mit Angela und Linus.